

Stellungnahme zum Digitalprogramm #dp25 der Landesregierung Brandenburg Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.

1. Wie bewerten Sie das #dp25 für die Weiterentwicklung der Digitalpolitik in Brandenburg?

Die Entwurfsfassung des Digitalprogramms #dp25 hat unserer Einschätzung nach zwar bereits wichtige Gleichstellungs-Aspekte aufgegriffen, ist an vielen Stellen allerdings noch deutlich ausbaufähig. Positiv aufgefallen ist

- die Verwendung der geschlechtergerechten Sprache (mit einigen Ausnahmen, siehe Hinweise unter 3.),
- die Bildauswahl mit einer hohen Frauenrepräsentanz,
- das Ziel des Aufbaus und der Stärkung digitaler Frauenschutzinfrastruktur, sowie
- die Referenz auf das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm Brandenburgs 2020-2025.

2. Welche Themenbereiche sind zu schwach repräsentiert oder sollten noch anders dargestellt werden?

Ausbaufähig ist das Programm hinsichtlich des Gender Mainstreaming-Ansatzes, d.h. dass geschlechtsspezifische Aspekte in allen Themenbereichen Anwendung finden und gleichstellungspolitische Ziele stringent verfolgt werden. Um dies zu integrieren sind unter 3. einige Anregungen aufgelistet.

3. Welche konkreten Verbesserungsvorschläge (am Text) oder zusätzliche Maßnahmen würden Sie anregen?

Aufgrund der Seitenbeschränkung war es lediglich bis S. 32 möglich, konkrete Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge zu machen. Für alle weiteren Kapitel schlagen wir folgende Kriterien zur Überarbeitung vor:

- Ziel sollte die paritätische Besetzung aller beratenden oder entscheidenden Gremien in der Ausarbeitung und Weiterentwicklung digitaler Strategien sein.
- Gleichstellung ist als Querschnittsaufgabe zu verstehen, das müsste sich in allen Kapiteln wieder finden. Dazu zählen auch antidiskriminierende Verfahrens- und Verhaltensweisen als Zielsetzung digitaler Strategien.
- Bei Beteiligungsprozessen ist immer in den Blick zu nehmen: wer wird wie beteiligt und bekommt die Möglichkeit, die eigene Perspektive einzubringen. Fokusgruppen o.ä. sollten ebenfalls paritätisch besetzt sein. Um Beteiligung für alle zu ermöglichen, braucht es die entsprechenden Rahmenbedingungen, z.B. angebotene Kinderbetreuung.
- Ziel in der Digitalpolitik (auch Bildungsangebote, Ausstattung von Schulen und Freizeiteinrichtungen) auf Landes- und Kommunalebene sollte die gleichberechtigte Verwendung öffentlicher Mittel sein, genannt Gender Budgeting.
- Mädchen- und Frauenförderung sollte auch bezogen auf digitale Freizeit-, Berufs- und Schulungsangebote sein.

- Es braucht langfristige Fördermöglichkeiten für Stellen zum Schutz vor Gewalt im Netz, Hate Speech, Stalking und anderen Online-Belästigungen und -Straftaten.
- Die Antidiskriminierungsstelle des Landes ist derzeit mit einer Person im MSGIV besetzt. Sie sollte mit mehr Personal ausgestattet sein, das mit entsprechenden Kompetenzen geschult ist, um Diskriminierungsfälle im Netz einschätzen und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen zu können.
- Eine moderne, digitale Verwaltung muss sich auf die Arbeit im Homeoffice einstellen. Dadurch entsteht häufig eine Mehrfachbelastung, v.a. von Frauen. In diesen Fällen sollte, besonders in Pandemiezeiten, die Möglichkeit der Kostenübernahme für eine externe Kinderbetreuung angeboten werden.
- Sofern Algorithmen und Künstliche Intelligenz zum Einsatz kommen, muss sichergestellt werden, dass die zugrunde liegenden Daten und programmierten Algorithmen keine Geschlechter- oder sonstige Diskriminierung beinhalten.

Konkrete Änderungsvorschläge sind:

- S 6: ergänzen um den Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit: „Dabei verlieren wir jedoch auch übergeordnete Aspekte der Digitalisierung, wie den steigenden Ressourcen- und Energiebedarf, IT-Sicherheit und Datenschutzbelange oder auch „Gute Arbeit“ **sowie die Verfolgung gleichstellungsrelevanter Themen** in der digitalen Arbeitswelt nicht aus dem Blick.“
- S. 11: „Digitales Leben“ ergänzen um „Schutz vor Gewalt“/Sicherheit im digitalen Raum“
- S. 11: „Digitale Gesellschaft“ ergänzen um Punkte „Gleichstellung“, „gleichberechtigte Teilhabe“
- S. 13, 14 unter den fünf elementaren Handlungsempfehlungen und „Verflechtungen mit Berlin“ fehlt Gleichstellungsaspekt völlig, könnte Punkt unter „Digitalkultur“ werden
- S. 16 Wir empfehlen die Einführung der Kategorie „Frauen/Mädchen/Gleichstellung“ in der Digitalplattform Lausitz
- S. 16 Findet eine geschlechtsspezifische Sammlung von Daten statt, um die Datenportale auszustatten? Dringend empfohlen.
- S. 19 KI-Strategie: klare antidiskriminierende, auf geschlechtsspezifisch erhobenen Daten basierend entwickelte Algorithmen zugrunde legen -> kann als Einsatzkriterium für Software oder andere Anwendungen dienen, auch in öffentlichen Ausschreibungen
- S. 20 bei gesetzlicher Open Data-Regelung auch geschlechtsspezifische Datenerhebung als Kategorie anführen, muss zudem zentraler Bestandteil der Datenstrategie werden
- Open-Access-Strategie, Open Science: transparent machen, wie viele Artikel von Männern/Frauen/Menschen veröffentlicht werden -> Gleichstellungskategorie zur Transparenz einführen
- S. 20 Forschungsdatenmanagementstrategie sollte Gender-Kategorie enthalten
- S. 20 im Rahmen der Kooperations- und Vernetzungspotenziale explizit Frauennetzwerke in Wissenschaft, Forschung, Data Science etc. fördern
- S. 21: bei Citizen Science-Veranstaltung auch Kinderbetreuung anbieten und diese explizit bewerben
- S. 23 weitere Grundvoraussetzung für Teilhabe am digitalen Leben: Schutz vor digitaler Gewalt, Hasskriminalität, Hate Speech, Stalking

- S. 27: Satz ergänzen um gleichberechtigte Teilhabe: „Übergreifende Kompetenzen wie interdisziplinäres Denken und Handeln, Prozess-Know-how, Abstraktions- und Problemlösungsfähigkeit sowie Führungskompetenz für die Gestaltung von Veränderungsprozessen und **gleichberechtigte Teilhabe** gewinnen stetig an Bedeutung.“
- S. 30 digitale Beratungsangebote sollten auch unbedingt Familien- und Frauenberatungsstellen umfassen und diese (materiell, finanziell, personell) entsprechend fördern
- [...]
- S. 75 wichtige Dokumente für die Digitalpolitik BB: GPR III fehlt